



Ausgabe 10

25. Januar 2011

## Inhalt >>>

Europäische Sozialdemokraten kämpfen für Pressefreiheit

- > **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 1
- > **Kerstin Westphal,**
- > **Ismail Ertug**

Weißrusslands demokratische Kräfte stärken!

- > **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 2
- > **Ismail Ertug** 2

Wikileaks- die schöne neue Welt der Pressefreiheit

- > **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3

28.Regime: Vision vom europäischen Zivilgesetz

- > **Kerstin Westphal** 3

"Und was wollen Sie?"

- > **Kerstin Westphal** 3

Zur Info: 2011 - Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit

- > 2

## >>> Service

- > **Besuchergruppen** 4

- > **Kontakt** 4

## Europäische Sozialdemokraten kämpfen für Pressefreiheit

von **Wolfgang Kreissl-Dörfler, Kerstin Westphal, Ismail Ertug**

Alle Blicke sind derzeit auf Ungarn gerichtet. Zum einen hat das Land seit dem 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Und zum anderen verabschiedete das ungarische Parlament - in dem die Rechtskonservativen eine 2/3-Mehrheit haben - gerade ein Mediengesetz, das allem Anschein nach demokratischen Grundsätzen widerspricht und selbst in Ungarn für großen Ärger sorgt.

Es sind drei Elemente, auf die wir Europäischen SozialdemokratInnen mit großer Sorge blicken: 1. In Ungarn soll ein Aufsichtsrat die Medien kontrollieren, der sich ausschließlich aus Mitgliedern der rechtskonservativen Regierungspartei FIDESZ oder ihren Sympathisanten zusammensetzt. Weder Opposition noch Zivilgesellschaft sind darin vertreten. 2. Das Gesetz zwingt die Medien zu "ausgewogener" Berichterstattung, was von dem politischen Gremium des Medienrats kontrolliert wird. Dies schränkt die Pressefreiheit und Meinungsvielfalt extrem ein. 3. Der Medienrat darf empfindliche Geldstrafen verhängen, die im Zweifelsfall für kleine und mittlere Medienunternehmen existenzgefährdend sind. Diese Regelung hebt zudem die Gewaltenteilung aus - ein Kernelement der Demokratie. Denn die Sanktionierung ist Aufgabe der Justiz und nicht eines politischen Gremiums.

Das ungarische Mediengesetz ist nicht nur Gegenstand heftiger Debatten, sondern es belastet bereits jetzt die ungarische Ratspräsidentschaft. Deshalb haben wir Sozialdemokraten auf eine Sondersitzung des Innen- und Justizausschusses bestanden, die am Montag (17. Januar) in Straßburg mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Neelie Kroes, und dem ungarischen Justizminister Tibor Navracsis stattfand. Doch unsere Zweifel konnten nicht ausgeräumt werden. Auch in der Aussprache des Plenums mit Premierminister Orbán gab es keine Annäherung. Er will das

Gesetz nicht zurückziehen und wirft stattdessen den Kritikern vor, sie würden das ungarische Volk beleidigen. Dies ist besonders bedauerlich, da die Debatte zuvor von großer Sachlichkeit bestimmt war und ohne Polemik auskam. Doch Werte wie Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit sind unsere gemeinsamen Werte.

Und wenn wir glauben, dass ein Gesetz nicht auf diesen beruht, dann ist das eine Kritik am Gesetz und nicht am ungarischen Volk! Und wenn die ungarische Ratspräsidentschaft als Gastgeschenk einen Teppich mitbringt, der den Eingang des Ratsgebäudes in Brüssel verziert und auf dem die Grenzen Großungarns von 1848 eingewebt sind, so halten wir das für einen Affront der rechtskonservativen Regierung Ungarns und nicht des ungarischen Volkes! Währenddessen scheinen sich manche konservative Europaabgeordnete uneins darüber zu sein, was sie denn nun von dem Mediengesetz halten sollen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen (Rheinland-Pfalz), - erfreut darüber, dass die FIDESZ Mitglied der Europäischen Volkspartei ist - bezeichnet die Debatten als Kampagne, die heuchlerisch und unerträglich sei und versteigt sich zu einem zweifelhaften Vergleich des ungarischen Mediengesetzes mit dem Mediengesetz in NRW. Und Markus Ferber steht Herrn Langen in nichts nach. (Fortsetzung auf Seite 2)

## O-Ton

"Pressefreiheit ist ein heiliges Prinzip in der Europäischen Union"

**José Manuel Durão Barroso, Präsident der Europäischen Kommission am 19. Januar 2011 in Straßburg**

(Fortsetzung von Seite 1)

Ein anderer wiederum räumt hingegen ein, dass die Praxis und das Zusammenwirken der verschiedenen Gesetzgebungselemente der Klärung bedürfen und die Kommission sich an die ungarische Regierung wenden müsse.

Für uns Europäische Sozialdemokraten gilt jedenfalls weiterhin: Am besten wäre es, wenn die ungarische Regierung ihr Gesetz zurückzieht, um sich Zeit für Änderungen zu nehmen. Falls sie dazu nicht bereit ist, fordern wir, dass die Europäische Kommission zeitnah juristisch glasklar prüft, ob das Gesetz mit dem EU-Vertrag und europäischen Richtlinien wirklich vereinbar ist. Die Kommission hat bereits mit der Prüfung begonnen. Doch damit sollte sie sich nicht Zeit lassen, bis die ungarische Ratspräsidentschaft womöglich wieder vorüber ist. Falls die ungarische Regierung weiterhin auf ihrem Gesetz bestehen sollte und dieses gegen europäische Grundrechte verstößt, kann es zu einem Vertragsverletzungsverfahren kommen, das im Extremfall zur Aussetzung des ungarischen Stimmrechts bei EU Entscheidungen führt.

Niemand jedoch will diese Eskalation! Europa hat andere Sorgen und eigentlich keine Zeit, sich über ein solches nationales Gesetz zu streiten. Doch wenn elementare Rechte in Gefahr sind, können wir Sozialdemokraten nicht darüber hinwegsehen. Schließlich muss in Ungarn, wie übrigens auch in allen anderen EU-Mitgliedstaaten, gelten: Die Medien kontrollieren die politische Macht, nicht umgekehrt. Dafür werden wir uns weiterhin mit aller Kraft einsetzen!

## Zur Info >>>

### 2011 - Das Europäische Jahr der Freiwilligkeit

Die Europäische Union ruft seit 1983 **Europäische Jahre** aus, denen sie jeweils ein aktuelles Thema zuordnet. Während eines Europäischen Jahres findet eine themenbezogene Öffentlichkeitsarbeit auf europäischer und nationaler Ebene statt. Mit insgesamt 8 Millionen Euro werden Veranstaltungen, Info-Kampagnen und der Austausch von Erfahrungen gefördert.

Das Jahr 2011 steht ganz im Zeichen der Freiwilligkeit. In der EU sind Millionen von BürgerInnen ehrenamtlich tätig. Menschen aller Altersschichten leisten einen positiven Beitrag für die Gemeinschaft, indem sie einen Teil ihrer Freizeit in Vereinen, Jugendclubs, Krankenhäusern, Schulen und so weiter investieren.

Mehr Infos gibt's auf der offiziellen Homepage: <http://europa.eu/volunteering/de>  
Das Bundesfamilienministerium berät über Zuschuss-Möglichkeiten.

## Weißrusslands demokratische Kräfte stärken!



© Vladimir Varfolomeev; www.flickr.com

In der Nacht vom 19./20. Dezember 2010 kam es auf den Straßen der weißrussischen Hauptstadt Minsk zu massiven Gewaltausschreitungen gegen friedliche Demonstranten, die gegen eine offensichtlich gefälschte Präsidentschaftswahl protestierten. Mehr als 700 Aktivisten, Journalisten und Oppositionspolitiker wurden von der Staatspolizei niedergeknüpelt und Dutzende von ihnen inhaftiert. Darunter auch sechs Präsidentschaftskandidaten der Opposition, wie der Sozialdemokrat Mikalaj Statkewitsch, denen lange Haftstrafen drohen. Nach diesen dramatischen Ereignissen verurteilte die Hohe Vertreterin der EU für Außenpolitik, Cathy Ashton, das Vorgehen der weißrussischen Regierung aufs Schärfste und kündigte Konsequenzen an. Auch das Europäische Parlament findet deutliche Worte in seinem gemeinsamen Entschließungsantrag vom 20. Januar 2011.

Darin fordern insbesondere wir SPD-Europaabgeordnete einen neuen Ansatz in den Beziehungen mit Weißrussland,

der zwischen Regime und Bevölkerung unterscheidet.

Denn leider haben die Wahlen im Dezember einmal mehr gezeigt, dass "weder Zuckerbrot noch Peitsche" das Regime in Weißrussland zum Wandel bewegen können. Für uns ist aber auch klar, dass im Gegensatz dazu die weißrussischen Bürger weiterhin auf unsere Unterstützung zählen können. Daher setzen wir uns für Visa-Erleichterungen für die Bevölkerung ein, denn durch intensiviertere Kontakte können wir die weißrussische Zivilgesellschaft am besten stärken. Wir Sozialdemokraten setzen uns zudem dafür ein, dass die demokratische Opposition, unabhängige Medien und Nichtregierungsorganisationen mehr politische und finanzielle Unterstützung aus Brüssel erhalten.

Doch unsere dringendste Forderung an Weißrussland bleibt im Augenblick, die inhaftierten Aktivisten sofort freizulassen! Außerdem verlangen wir eine unabhängige internationale Untersuchung der Vorfälle sowie eine Wiederholung der Präsidentschaftswahl, die demokratischen Standards entspricht.

Europa muss das Lukaschenko-Regime sanktionieren und die Mitgliedstaaten müssen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Weißrussland auf den Prüfstand stellen. Deshalb drängen wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament auf ein EU-Einreiseverbot für weißrussische Funktionäre sowie auf das Einfrieren ihrer Finanzvermögen. **WKD**

## Vom Trog bis auf den Teller



©RenWest; www.flickr.com

europaweite Maximalwerte. Dennoch kommt es immer wieder zu Zwischenfällen wie dem in der niedersächsischen Firma Harles und Jentzsch, die in einem Partnerunternehmen verseuchte Fette für Tierfutter produzierte und verkaufte.

In der Aussprache mit dem für Verbraucherschutz zuständigen Kommissar John Dalli, die wir Sozialdemokraten des Landwirtschafts- und Gesundheitsausschusses beantragt hatten, haben wir folgende Knackpunkte unterstrichen: Solange Futtermittelproduzenten Strafen aus der Portokasse zahlen können, werden sie sich auch um schärfere Auflagen und Kontrollen nicht scheren. Deshalb fordern wir eine deutliche Erhöhung der Sanktio-

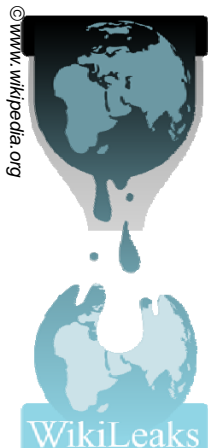
n. Für Dioxine, die sich im Laufe eines Lebens im Körper ansammeln und die – wie Tierversuche zeigen – krebs-erregend wirken, gelten seit 2002

nen. Zum zweiten konnten die auf europäischer Ebene eilig zur Beratung einberufenen Futtermittelverbände nichts Konstruktives beitragen, wie in Zukunft der Schutz von Landwirten und Verbrauchern vor krimineller Energie aussehen könnte. Das Verursacherprinzip darf nicht einfach durch Pleite außer Kraft gesetzt werden. Harles und Jentzsch haben Insolvenz angemeldet, wer kommt für den Schaden auf?

Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordern deshalb einen von Futtermittelproduzenten finanzierten Fonds, der für Entschädigungen abgerufen werden kann. Wir begrüßen zudem den von den SPD-geführten Bundesländern **bereits am 13. Januar vorgelegten 10-Punkte-Plan**, der eine Rückverfolgbarkeit vom Trog bis auf den Teller in den Mittelpunkt stellt. Wir hoffen, dass die in Deutschland zuständige Ministerin Aigner auf europäischer Ebene eine bessere Figur machen wird als bei der Krisenbewältigung daheim. In die Debatte des Landwirtschaftsausschusses werden wir unsere Forderungen erneut einbringen. **IE**



# WikiLeaks - die schöne neue Welt der Pressefreiheit



Seit Wochen sorgt die Internetplattform WikiLeaks mit der Veröffentlichung hunderttausender vertraulicher Diplomatendepeschen für Aufsehen. Das Europäische Parlament debattierte im Dezember in Straßburg über die WikiLeaks-Affäre mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso. WikiLeaks steht stark unter Druck: Visa, MasterCard und der Bezahlendienst Paypal weigern sich, Spendenzahlungen für WikiLeaks abzuwickeln. Ein US-Provider sperrte die zentrale Internetadresse der Plattform, immer wieder ist die Website wegen Hackerangriffen nicht erreichbar. WikiLeaks-Gründer Julian Assange ist wegen des Verdachts der Vergewaltigung angeklagt, doch viele Beobachter vermuten dahinter einen Schauprozess. Eine heiße Debatte um Vertrauen, Diplomatie aber auch über die Grenzen der Pressefreiheit und den Rechtsraum Internet ist entbrannt.

Das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit ist ein elementares Grundrecht demokratischer Gesellschaften. Ebenso ist auch das Grundrecht eines jeden Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit fundamentaler Bestandteil unseres Grundgesetzes. Vertrauliche diploma-

tische Beziehungen tragen grundsätzlich mit ihrem Anspruch zur Friedenssicherung eben zu diesem Schutz der Bürgerinnen und Bürger entscheidend bei. Freiheit auf der einen Seite und der Schutz von Menschenleben auf der anderen Seite dürfen dabei nicht gegeneinander aufgewogen werden.

Die WikiLeaks-Veröffentlichungen haben die Welt jedenfalls nicht sicherer gemacht, und wir müssen uns fragen, was für eine Gesellschaft wir wollen – eine, in der nichts privat und vertraulich bleibt? WikiLeaks mundtot zu machen, ist sicherlich der falsche Weg. Aber Freiheit bedeutet auch Verantwortung. Und die müssen sich alle Beteiligten teilen: hochsensible Daten müssen wirkungsvoll gegen unzulässige Zugriffe geschützt werden; die Whistleblower (Zuträger geheimer Informationen) tragen ebenso wie WikiLeaks und deren Nutzer Verantwortung für die Veröffentlichung von Dokumenten.

Auch wenn einige Kommentare aus den Depeschen als Beleidigungen empfunden werden - es muss für Diplomaten möglich sein, im Rahmen ihrer Arbeit gewisse vertrauliche Einschätzungen geben zu können, ohne dass sie fürchten müssen, im Nachhinein vor der Weltöffentlichkeit bloßgestellt zu werden.

Es wäre fatal, wenn sich Diplomaten als Konsequenz in Zukunft einer Selbstzensur unterziehen und somit die Gesprächs-Diplomatie als friedliches und bewährtes

Mittel der zwischenstaatlichen Beziehungen gefährdet wäre. Denn ohne Vertraulichkeit kein offenes Gespräch, weniger Information und vielleicht mehr falsche Entscheidungen. Dennoch gilt: Auch wenn den Regierungen manche Wahrheit unangenehm ist, darf dies nicht dazu führen, den Rechtsstaat zu gefährden. Schließlich haben die WikiLeaks-Protokolle im Fall des Irak-Krieges auch Verbrechen ans Licht gebracht, die ansonsten unentdeckt geblieben wären.

Aufgrund welcher Rechtsgrundlage werden WikiLeaks derzeit Zahlungen vorenthalten und Zugänge gesperrt? Die Rechte, die in unserer realen Gesellschaft gelten, dürfen ihre Gültigkeit auch in der virtuellen Welt und im Umgang mit ihr nicht verlieren.

Dies müssen alle beachten: Regierungen, Internet-Betreiber, Zulieferer und Nutzer. Die Verteidigung der Pressefreiheit für die WikiLeaks-Betreiber bedeutet dennoch nicht, dass die Veröffentlichungen legitim sind.

WikiLeaks hat den Unterschied von Interesse der Öffentlichkeit und öffentlichem Interesse nicht verstanden. Es wäre uns allen zu wünschen, dass sich die Anhänger von WikiLeaks noch einmal bewusst machen, welche Gefahren und Risiken mit der weltweiten Verbreitung von Geheiminformationen verbunden sind. Es bleibt dabei: Auch im Zeitalter 2.0 braucht Politik Räume der Vertraulichkeit. **WKD**

## 28. Regime: die Vision eines europäischen Zivilgesetzbuches



© www.wikipedia.org

Im Durchschnitt kann jedes Produkt in der EU zu 10% günstiger in einem anderen Mitgliedstaat gekauft werden. Doch wie können sich die europäischen Verbraucher diesen Preisvorteil sichern, wenn es nach Angabe der Lieferadresse vom Verkäufer heißt: Tut uns leid, wir liefern nicht ins Ausland?

Nur ein ganz geringer Anteil aller Waren und Produkte kann überhaupt über die Landesgrenze hinaus erworben werden. Und nur ein kleiner Teil der Verbraucher macht davon überhaupt Gebrauch. Zum einen sind es die Unternehmen, die es scheuen, in einer fremden Rechtsordnung zu agieren, zum anderen sind es die Verbraucher selbst, die unsicher sind, ob Ihnen die gleichen Gewährleistungsrech-

te wie im eigenen Land zustehen. Und welches Recht gilt dann, wenn sich Unternehmer und Verbraucher oder Verbraucher untereinander darüber streiten?

Die Kommission hat dazu ein [Grünbuch für ein Europäisches Vertragsrecht](#) vorgelegt, in dem sie Optionen aufzeigt, wie diese Hemmnisse des Rechts überwunden werden können.

Am erfolgversprechendsten gilt zurzeit ein wählbares eigenes europäisches Vertragsrecht, ein 28. neben den bereits bestehenden 27 der Mitgliedstaaten. Dies könnten die Vertragsparteien anstelle des jeweils eigenen nationalen gültigen Vertragsrechts wählen.

Das [Konsultationsverfahren](#) läuft noch bis zum Ende dieses Monats. Unternehmen, Interessengruppen und Bürger der Europäischen Union können dort noch ihre Einwendungen und Anregungen deutlich machen. **KW**

## "Und was wollen Sie?"

Im Vertrag von Lissabon ist es als belebendes Element der Demokratie in Europa formal eingeführt worden: Das Bürgerbegehren. Wir Parlamentarierinnen haben im Dezember die neuen Regeln für ein europäisches Bürgerbegehren angenommen.

Die EU-Außenminister hatten der Vereinbarung zuvor bereits zugestimmt. Aus Sicht von uns SozialdemokratInnen ein großer Erfolg: Endlich bekommen die Bürgerinnen und Bürger in Europa mehr Mitsprache und können sich direkt an der Gestaltung der europäischen Politik beteiligen.

Mit der Bürgerinitiative können die Menschen in Europa ab 2012 die Europäische Kommission dazu auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu bestimmten Themen vorzulegen. Dazu sind eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten notwendig. Das Parlament hat die Hürden deutlich gesenkt, damit sich alle Bürger so unbürokratisch wie möglich beteiligen können. **KW**

# Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel...



©Europäisches Parlament

Vom 12. bis 14. Dezember 2010 war eine 47-köpfige Besuchergruppe aus Augsburg und Oberbayern zu Besuch in Straßburg.

Nach einer Fahrt durch das Elsass und einem Besuch beim Europarat war die Gruppe zu Gast im Europäischen Parlament, wo sie auch eine Plenarsitzung live verfolgen konnte.

Höhepunkt der Besucherfahrt war das Gespräch mit dem Europaabgeordneten **Wolfgang Kreissl-Dörfler**, bei dem es um die aktuelle Finanzkrise sowie Fragen unter anderem zur inneren Sicherheit und Außenpolitik ging.



©Europäisches Parlament

Die SPD-Europaabgeordnete **Kerstin Westphal** freute sich über den Besuch von Schweinfurts Oberbürgermeister Sebastian Remelé (CSU), der begleitet wurde von den Vorsitzenden der beiden größten Stadtratsfraktionen, für die SPD Joachim Schmidl (links im Bild) und für die CSU Stefan Funk (rechts im Bild).

Gemeinsam diskutierten die vier Schweinfurter über die Verzahnung der politischen Ebenen, die Zukunft der Regionalpolitik und die Bedeutung der EU für die Stadt Schweinfurt.

Darüber hinaus gab es ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Europaabgeordneten, Bernhard Rapkay, und seiner Stellvertreterin Constanze Krehl, sowie einen Meinungsaustausch mit der stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Straßburg. Ein gemeinsamer Besuch auf dem Weihnachtsmarkt rundete das Besuchsprogramm ab.

**Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP\***

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 110  
[wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu](mailto:wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartnerinnen:  
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:  
 Oberanger 38/IV  
 80331 München  
 T.: 089 21 02 43 61  
 F.: 089 21 02 43 61  
[europa@kreissl-doerfler.de](mailto:europa@kreissl-doerfler.de)

[www.kreissl-doerfler.de](http://www.kreissl-doerfler.de)

Ansprechpartnerin:  
 Britta Besan  
 Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

**Kerstin Westphal, MdEP\***

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 534  
[kerstin.westphal@europarl.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartner:  
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:  
 Kornmarkt 17      Semmelstr. 46R  
 97421 Schweinfurt      97070 Würzburg  
 T.: 09721 715 716,      0931 45 25 31 28  
 F.: 09721 474 0884      0931 45 25 31 29  
[eder@kerstin-westphal.de](mailto:eder@kerstin-westphal.de)      [augustin@kerstin-westphal.de](mailto:augustin@kerstin-westphal.de)

[www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de)

Ansprechpartnerinnen:  
 Marietta Eder      Elisabeth Augustin  
 Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr  
 Fr: 9.00-13.00 Uhr      Do: 9.00-15.30 Uhr

**Ismail Ertug, MdEP\***

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 547  
[ismail.ertug@europarl.europa.eu](mailto:ismail.ertug@europarl.europa.eu)  
 AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar,  
 Maria von Stern und Fatih Aydogan

Europabüro:  
 Richard-Wagner-Str. 4      Nördl. Stadtgraben 9  
 93055 Regensburg      94469 Deggendorf  
 T.: 0941 29 79 98 73      0991 379 11 64  
 F.: 0941 29 79 98 75      0991 379 11 63  
[thorsten.kaestl@ertug.eu](mailto:thorsten.kaestl@ertug.eu)      [katja.reitmaier@ertug.eu](mailto:katja.reitmaier@ertug.eu)

[www.ertug.eu](http://www.ertug.eu)

AnsprechpartnerInnen:  
 Thorsten Kästl      Katja Reitmaier  
 Bürozeiten:  
 Mo-Fr: 9.00-17.00 Uhr

\*Verantwortlich im Sinne des deutschen Presserechts